

# Beide Seiten werfen sich Unseriosität vor

Mering: Info-Abend der BI gegen Zivilflughafen Lechfeld

Mering (soh).

„Ich fühle mich heute Abend verarscht. Sie erzählen hier völlig unsinniges Zeug und arbeiten mit unseriösen Zahlen“, warf Manfred Drexel, Fraktionssprecher der CSU im Meringer Gemeinderat, den Mitgliedern der „Bürgerinitiative Mering gegen einen Zivilflughafen auf dem Lechfeld“ (BIMZL) vor. Die Bürgerinitiative verteidigte sich und warf ihrerseits den Politikern „Unseriosität“ vor, da sie keine Stellung beziehen.

In ihrem Vortrag hatten Bodo Hasubek und seine Vorstandskollegen auf Passagierzahlen, Höhe der Subventionen, Zahl der Flugbewegungen etc. anderer Regionalflughäfen (wie Frankfurt-Hahn, Lübeck und Strassburg-Enzheim) zurückgegriffen, diese umgerechnet und auf den möglichen Zivilflughafen im Lechfeld übertragen. „Wir sind keine Experten und wissen auch nicht alles. Wir versuchen aber, Informationen zu sammeln und diese kritisch auszuwerten“, so Hasubek. Die genannten Zahlen seien keineswegs unseriös, da sie öffentlich bekannt seien.

Drexel forderte die Mitglieder der Bürgerinitiative auf, sich auf Fakten zu beziehen. Der CSU-Fraktionssprecher gab zu, derzeit noch keine eigene Meinung zu einem möglichen Zivilflughafen im Lechfeld zu haben. Politiker müssten neutral und offen sein, sich Pro und Contra anhören. „Man muss doch nach Fakten entscheiden. Wenn aber noch keine da sind? Soll ich dann würfeln“, verteidigte sich Drexel, der von den Zuhörern ausgebuht wurde.

„Sie werfen uns vor, gegen den Flughafen zu sein, ohne die Fakten zu kennen. Wie können sich aber Politiker und Wirtschaftsfunktionäre für einen Zivilflughafen aussprechen, wenn sie ebenfalls die Fakten nicht kennen“, konterte Kassenwart Andreas Hundseher.

Um die Schärfe aus der Diskussion zu nehmen, erinnerte Ludwig Huber daran, dass der Gemeinderat einstimmig einer Resolution gegen einen Zivilflughafen zugestimmt habe. Mehr Unterstützung – zumindest aber Neutralität – forderten die Zuhörer auch von Landrat Christian Kanuer. „Ich bin von ihm nach seinem Auftritt bei Jetzt red' i sehr enttäuscht. Kanuer sollte nicht das Sprachrohr von München sein, sondern sich lieber anhören, was die Bürger wollen und auf deren Interessen eingehen. Wir haben ihn schließlich gewählt“, meinte ein Meringer Bürger und erhielt dafür zustimmenden Applaus.

Grund für die rege Diskussion war unter anderem die Vermutung der Bürgerinitiative, dass ein Zivilflughafen im Lechfeld hauptsächlich von Billigfliegern genutzt werden würde. Wie durchgesickert sei, gehe die Machbarkeitsstudie in einer „zurückhalten den Prognose“ von 40 Flugzeugen pro Tag aus. Dies entspreche laut BIMZL einem Passagieraufkommen von 2,2 Millionen im Jahr. Zudem würden etwa 65 Starts und Landungen auf dem Militärflughafen erfolgen. Laut Kommodore Martin seien zwischen 150 000 und 200 000 Flugbewegungen möglich, ohne dass dabei der Militärflugbetrieb gestört werden würde. Somit ist nach Einschätzung von Hasubek Wachstumspotential für den Zivilflughafen ohne Ende vorhanden.

Der Flughafen Lechfeld sei „nackt“. Es gebe unter anderem keine Abfertigungsgebäude, keine Enteisungsanlage, keine Tankanlage und keine Ringkanalisation. Auch verfüge man nicht über ausreichende Verkehrsverbindungen. Vorsichtige Schätzungen gehen von Investitionskosten in Höhe von 60 Millionen bis 100 Millionen Euro aus. Nicht enthalten seien darin Straßen-, Bahn-, und Straßenbahnausbau sowie Wasser- und Abwasserleitungen. Dafür müssten die benachbarten Gemeinden aufkommen.

## Gründung eines Dachverbandes

„Deutschland hat 18 internationale und 44 regionale Flughäfen. Nicht einer kommt ohne massive Subventionen aus. Wie kann man dafür das Lechfeld ein dauerhaftes Potential erkennen“, fragte sich Hasubek. Er zitiert die Lübecker Nachrichten, darin hieß es, dass Rayenair pro Passagier fast 20 Euro an Subventionen erhält, nur damit die Fluggesellschaft den Flughafen Lübeck nützt. „Gehen wir von 2,2 Millionen Passagiere in Lagerlechfeld aus, dann wären das 44 Millionen Euro allein an Subventionen“, stellte Hasubek bewusst überspitzt dar. In Strassburg erhielt Rayenair pro Sitzplatz gut 12 Euro im ersten Jahr und danach gut zehn Euro pro Sitzplatz. Für BIMZL ist das „reine Verschwendung von Steuergeldern“.

Um ihre Interessen besser vertreten und ihrem Anliegen mehr Gehör verschaffen zu können, wollen sich die einzelnen Bürgerinitiativen, die sich in den vergangenen Monaten in der Region gebildet haben, zusammenschließen. Am kommenden Montag soll ein Dachverband gegründet werden.